

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Milliardendefizit der staatlichen Ölgesellschaft

Im Haushaltsjahr 2010/2011 hat die staatliche Ölgesellschaft *Nepal Oil Corporation* (NOC) erneut Verluste in Höhe von 5,59 Milliarden Rupien eingefahren. Die von der Regierung angekündigten Reformen des staatlich monopolisierten Treibstoffsektors wurden nicht in die Wege geleitet, ein automatischer Mechanismus zur Preisanpassung bei Ölprodukten bisher nicht eingeführt. Diese Apathie hatte zur Folge, dass erneut weit über 4 Milliarden Rupien aus dem Staatshaushalt zum Ausgleich des Defizits verwendet werden mussten, die nun für soziale und Entwicklungsprogramme fehlen. „Wir (NOC) haben in diesem Jahr Ölprodukte im Wert von 70 Milliarden Rupien importiert. Da die Importpreise höher lagen als die Verkaufspreise ist ein Verlust von ca. 8 Prozent entstanden“, sagte NOC Sprecher Mukunda Dhungel. Die größten Verluste sind beim Diesel entstanden, gefolgt von Flüssiggas und Benzin. „Unsere Zahlungsverpflichtungen infolge aufgenommener Kredite sind auf 17,02 Milliarden Rupien gestiegen“, sagte Dhungel. Der Ölpreis auf den internationalen Märkten war im Haushaltsjahr 2010/2011 zeitweise auf 127 US-Dollar pro Barrel gestiegen. Obwohl die Regierung sechs Mal einer Preisanpassung zugestimmt hatte, waren die Preiserhöhungen nicht substanziell genug, um die Verluste auszugleichen. Mit jedem Liter Diesel macht NOC derzeit über 7 Rupien Verlust, bei einem Gaszylinder fast 300 Rupien. In den vergangenen acht Jahren betrug das Defizit der NOC weit über 25 Milliarden.

Menschenrechtsorganisationen fordern Gerechtigkeit für die Opfer

Amnesty International, *Human Rights Watch*, die Internationale Juristenkommission und *Advocacy Forum* haben in einem gemeinsam verfassten Brief an Ministerpräsident Baburam Bhattarai appelliert, die vom Staat und den Maoisten eingegangenen Verpflichtungen bei der Aufarbeitung der während und nach dem bewaffneten Konflikt begangenen Menschenrechtsverletzungen einzulösen und die Schuldigen vor Gericht zu stellen. Anlass für das Schreiben der Menschenrechtsorganisationen war ein von den beiden Koalitionsparteien der neuen Regierung, UCPN (Maoisten) und *United Democratic Madhesi Front*, getroffenes Abkommen, das die Aussetzung aller anhängigen Strafverfahren und eine umfassende Amnestie für die Täter vorsieht. Mandira Sharma, Leiterin von *Advocacy Forum*, sagte, der Vor-

schlag, die Verfahren gegen Verdächtige auszusetzen und ihnen Amnestie zu gewähren, laufe darauf hinaus, den Opfern ihre Grundrechte vorzuenthalten: „Dieses Abkommen würde die Prinzipien von Verfassungshoheit, unabhängiger Justiz und Rechtsstaatlichkeit gefährden, erklärte Sharma. Die vier Organisationen forderten den Ministerpräsidenten auf, unmissverständlich zu erklären, dass die Regierung die laufenden Untersuchungen nicht vorzeitig beenden, laufende Anklagen nicht zurückziehen und keine Amnestien bei schweren Menschenrechtsverletzungen gewähren wird. Sie verlangten außerdem, dass die Regierung einen unabhängigen rechtlichen und institutionellen Mechanismus schafft, um sicherzustellen, dass das Strafrechtssystem und transitionale Rechtsinstitutionen wie die seit langem vorgeschlagene Wahrheits- und Versöhnungskommission effektiv daran arbeiten können, die bestehende Straflosigkeit zu beenden. In einer ersten Reaktion verneinte der neue Ministerpräsident Bhattarai, dass ein solches Abkommen getroffen worden sei. „Es wurde lediglich entschieden, jene freizusprechen, die aufgrund falscher Anschuldigungen des Staates im Zusammenhang mit Vorkommnissen während des „Volkskriegs“, sowie der Madesh-, Tharuhat- und anderer sozialer Bewegungen angeklagt wurden.“, wird Bhattarai von der staatlichen Nachrichtenagentur RSS zitiert. Die Einrichtung einer Wahrheitskommission stehe kurz bevor und die Regierung werde schon bald Maßnahmen ergreifen, um die Straflosigkeit zu beenden.

Verflechtung von Politik und Kriminalität

Anlässlich ihres Besuchs in Ostnepal in der zweiten Augushälfte, bei der sie Gespräche mit Polizeioffizieren, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten führte, hat Jyoti Sanghera, die Leiterin des UN Menschenrechtsbüros in Nepal (OHCHR-N) die enge Verflechtung von Politik und Kriminalität kritisiert und diese als Ursache für die weit verbreitete Straflosigkeit in Nepal bezeichnet. „Das Ausmaß der Kriminalisierung von Politik mag von Ort zu Ort unterschiedlich sein, doch sie ist überall anzutreffen.“, sagte sie auf einer Pressekonferenz in Biratnagar. Sanghera versprach, das Thema Straflosigkeit als Folge zunehmender Kriminalisierung der Politik mit Spitzenpolitikern in Kathmandu zu erörtern. Einflussreiche politische Kräfte würden Kriminelle schützen und ihnen nach begangenen Straftaten Zuflucht gewähren. Die Täter seien sich sicher, dass sie für ihre Drohungen und kriminellen Taten nicht zur Rechenschaft gezogen

würden. Sanghera und ihr Arbeiterteam waren nach Biratnagar geflogen, um sich vor Ort über die Sicherheitslage von Journalisten zu informieren. In den vergangenen Monaten war es dort zu brutalen Angriffen und Morddrohungen gegen lokale Journalisten gekommen, nachdem diese über kriminelle Machenschaften führender Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes der Reigerungspartei CPN-UML berichtet hatten.

Friedensvorschlag der Maoisten

Ende August haben die Maoisten einen Vorschlag für den Abschluss des Friedensprozesses vorgelegt, der folgende programmatischen Punkte enthält: Integration der Ex-Kombattanten unter ein noch einzurichtendes Direktorat der Nepalischen Armee. Im ersten Schritt soll eine Kategorisierung in Integrationswillige und Rehabilitanten erfolgen. Die Anzahl derer, die unter Aufsicht des Direktorats gestellt und in verschiedene Sicherheitsdienste integriert werden, soll flexibel sein und bis zu 8 000 Ex-Kombattanten umfassen. Diejenigen, die rehabilitiert und ins Zivilleben überführt werden, sollen eine Abfindung in Höhe von 700 000 bis 1 000 000 Rupien (ca. 7 000 bis 10 000 Euro) erhalten. Zur Frage der Harmonisierung der Dienstgrade wird vorgeschlagen, dass ehemalige Kommandanten der PLA (*People's Liberation Army*), die gleichzeitig Mitglieder des Zentralkomitees der Partei sind, zukünftig politische Aufgaben übernehmen sollen. Wer sich für eine Integration in Armee und Sicherheitsdienste entscheidet, muss die körperlichen Voraussetzungen erfüllen und soll nach Alter, Familienstatus und Bildungsstand eingestuft werden. Das Mandat der Verfassungsgebenden Versammlung soll um 6 Monate erweitert, ein Verfassungsentwurf in 45 Tagen erarbeitet werden. Ausserdem wird vorgeschlagen, dass die Regierung innerhalb eines Monats eine Wahrheits- und Versöhnungskommission einrichtet. Land, das während des Konflikts enteignet worden war, soll an die Eigentümer zurück gegeben werden. Pächtern und Landlosen soll im Zuge einer wissenschaftlichen Landreform auf der Grundlage des Berichts der Landreformkommission neues Land zugewiesen werden. Der Friedensvorschlag sieht ausserdem eine umfassende Amnestie für die von maoistischen Kadern während des Konflikts begangenen Verbrechen vor, einschließlich aktenkundiger Fälle, in denen bereits Gerichtsurteile verhängt (aber oftmals nicht vollstreckt) worden sind.

Antikorruptionsbehörde stellt staatlichen Landbesitz sicher

Die Antikorruptionsbehörde CIAA (*Commission for the Investigation of Abuse of Authority*) hat innerhalb eines

Jahres 1 614 Ropanis (ca. 32 000 Hektar) von Bodenspekulanten illegal angeeignetes Land sicher gestellt und in Staatsbesitz zurückgeführt. Erstmals in der Geschichte der CIAA waren die illegale Aneignung von staatlichem Land durch Privatpersonen untersucht und Maßnahmen zur Rückführung von Staatseigentum ergriffen worden. Der Marktpreis des sicher gestellten Landes liegt bei 7,3 Milliarden Rupien (75 Millionen Euro). CIAA hatte ein sechsköpfiges Team mit der Aufdeckung der Fälle beauftragt und hat inzwischen vor Gericht Klage gegen die Beteiligten sowie gegen korrupte Beamte eingereicht, die an den illegalen Landtransfers beteiligt waren.

Mehr Hilferufe von Frauen aus der Golfregion

Für viele Frauen, die in der Golfregion in privaten Haushalten z.B. als Köchin, Hausangestellte oder in der Kinderbetreuung arbeiten, wird der Traum, fern von zuhause ein gutes Einkommen zu erzielen, schnell zu einem Albtraum von Missbrauch, Ausbeutung und Gewalterfahrung, dem sie nicht leicht entrinnen können. Hilfsorganisationen wie Maiti Nepal berichten, dass sie immer häufiger von ratsuchenden Verwandten kontaktiert werden, die Hilferufe weiblicher Familienangehöriger aus Golfstaaten erhalten haben. Tej Bahadur D. etwa, dessen Frau Laxmi vor einem Jahr nach Kuwait gereist war, erhielt bereits kurz nach ihrer Ausreise einen verzweifelten Anruf von ihr, in dem sie den Wunsch äußerte, umgehend nach Nepal zurückzukehren. Seit her hat Tej Bahadur sich bei verschiedenen Organisationen um Hilfe bei der Rückführung seiner Frau bemüht, doch bisher vergeblich; er kennt nicht einmal den genauen Aufenthaltsort in Kuwait und weiß nicht, wie es ihr dort geht. Mit der Zunahme weiblicher Arbeitsmigration auch aus ländlichen Gebieten Nepals wächst die Zahl von Frauen, die in Schwierigkeiten geraten, sklavenähnlicher Ausbeutung, sexuellem Missbrauch und anderen Formen körperlicher und seelischer Misshandlung ausgesetzt sind. Allein 2010 haben sich Verwandte von 242 Frauen, die in Golfstaaten arbeiten, Rat und Hilfe suchend an das Regionalbüro von Maiti Nepal in Nepalgunj gewandt. 21 dieser Frauen konnten kontaktiert und ihnen konnte geholfen werden. Seit 2002 hat Maiti Nepal insgesamt 879 Frauen registriert, die von Verwandten als in den Golfstaaten vermisst gemeldet wurden. 159 dieser Frauen, im Durchschnittsalter zwischen 25 und 42 Jahren und zumeist Angehörige von Dalitkasten aus Banke, Bardiya, Dang und Surkhet, konnten bis heute aus ihren Notlagen gerettet werden. Untersuchungen verschiedener Organisationen haben ergeben, dass jährlich ca. 10 000 Frauen zum Arbeiten in die Golfregion ausreisen.

Finanzierungslücke gefährdet Erreichung der Entwicklungsziele

Ein von UNDP und der Nationalen Planungskommission veröffentlichter Bericht über die finanziellen Kosten zur Umsetzung der UN Entwicklungsziele weist darauf hin, dass bis 2015 mit einer beträchtlichen Finanzierungslücke zu rechnen ist. Zwischen 2011 und 2015 werden insgesamt knapp 1,3 Billionen NRs benötigt, um die Millenniumsentwicklungsziele zu erreichen. Für diesen Zeitraum wird eine Finanzierungslücke in Höhe von 450 Milliarden NRs erwartet, d.h. ein Drittel des zur Finanzierung des Gesamtbedarfs benötigten Geldes wird schätzungsweise fehlen. Der Bericht empfiehlt, dass sich die Entwicklungsanstrengungen der nächsten Jahre auf Kleinbauern, Nahrungssicherheit, arbeitsschaffende Interventionen, Ernährung, reproduktive Gesundheit, ökonomisches Empowerment und Grundbildung konzentrieren sollen, damit der Status von Kindern, Frauen und Angehörigen benachteiligter Gruppen verbessert werden kann.

Stromversorgung gekappt

Die nepalische Energiebehörde *Nepal Electricity Authority* (NEA) hat auf Anweisung des dynamischen und energischen Energieministers Gokarna Bista nach Ablauf eines landesweiten 14-tägigen Ultimatums die Stromversorgung von zahlungssäumigen Kunden gekappt. Von der Maßnahme sind unter anderem neun staatliche Institutionen und Ministerien, betroffen, die oftmals über Jahre ihre Stromrechnungen nicht bezahlt hatten. Bis zum Ende der vorgegebenen Frist waren ausstehende Zahlungen in Höhe von 143 Millionen (von insgesamt 660 Millionen Rupien) beglichen worden und bei der NEA eingegangen. „Da das Informationsnetzwerk der NEA sehr schwach ist, konnten wir noch keine landesweiten Daten erhalten. Doch wir gehen davon aus, dass etwa 400 Millionen Rupien aus offenen Rechnungen inzwischen beglichen wurden“, erklärte Bista gegenüber der Presse. Zu den säumigen Kunden zählten u.a. das *Department of Roads* in Babar Mahal und die Stadtverwaltung von Kathmandu. Zahlreiche Büros des Innenministeriums standen mit Rechnungen in Höhe von 175 Millionen Rupien in der Kreide. Auch Gefängnisse finden sich auf der Liste der säumigen Zahler. Die Landwirtschaftsuniversität in Rampur muss 40 Millionen Rupien aufbringen, um alte Stromrechnungen zu bezahlen. Noch ist unklar, wer die Rechnungen in Höhe von 60 Millionen Rupien bezahlen soll, die im Königspalast Narayanhiti inzwischen angefallen sind. Dort gibt es verschiedene Nutzer, das Außenministerium, das Nara-

yanhiti Palastmuseum, die Nepalische Armee und eine Tante des Königs, doch nur einen Stromzähler.

15 000 Nepalis für Jobs in Südkorea qualifiziert

Über 15 000 Nepalis haben den Koreanisch-Sprachtest erfolgreich bestanden und sich im Rahmen des bilateralen Arbeitserlaubnissystems EPS (*Employment Permit System*) für Jobs in Südkorea qualifiziert. Ca. 13 000 werden Arbeit im industriellen Produktionssektor erhalten, während 2 000 im Landwirtschaftssektor arbeiten sollen. Am 22. und 23. Juli waren insgesamt 50 043 Jugendliche zum Eignungstest in Kathmandu erschienen. Südkorea hatte im Rahmen des EPS in diesem Jahr 7 100 Stellen für Nepalis reserviert und diese um 8 000, zunächst 3 000 und dann weitere 5 000 später, aufgestockt. Im letzten Jahr lag die Quote für Nepal bei 4 000. Ein nepalischer Arbeiter verdient in Südkorea ca. 70 000 Rupien im Monat. Das EPS-Abkommen wurde am 23. Juli 2007 von beiden Staaten unterzeichnet.

Mahlzeiten auf Pump

Nachdem die Regierung im Juni ihre Unterhaltszahlungen eingestellt hat, müssen viele der immer noch in Lagern untergebrachten maoistischen Ex-Kombattanten Kredite aufnehmen, um die Ausgaben für ihr Essen und den täglichen Bedarf zu bestreiten. „Die Regierung hat begonnen, Geld an die Familien von Märtyrern und Konfliktopfern zu überweisen und die Unterhaltszahlungen an die Kombattanten gestoppt“, sagte der Koordinator des Managementkomitees des Shaktikhor Lagers, Sharad Chandra Sharma. Das Lager, in dem 3 975 Ex-Kombattanten untergebracht sind, hatte bis dahin Zahlungen in Höhe von 72 Rupien pro Tag und Person, sowie einen monatlichen Grundbetrag von 7 000 Rupien für jeden Ex-Kombattanten erhalten. Da – wie allgemein bekannt – ein Teil des Geldes in die Parteikasse der UCPN-M fließt, bleiben den ehemaligen Kämpfern nur ca. 5 000 Rupien im Monat zum Leben, was in deren Reihen zu Unmut und zu der Vermutung führt, dass sie seit langem als Spielball der hohen Politik und der eigenen Parteiführung missbraucht werden.

Einreise auf dem Landweg nimmt zu

Die nepalische Tourismusbehörde NTB schätzt, dass 2010 die Zahl der Besucher auf dem Landweg im Vergleich zum Vorjahr um 57 Prozent gestiegen ist und bei knapp 675 000 lag. Davon stellten indische Touristen mit über 520 000 die große Mehrheit, die übrigen Besucher kamen aus anderen Ländern.

Eine Frau wurde CEO im Bankwesen

Die Regierung hat mit Shiva Devi Kafle erstmals eine Frau zur Vorstandsvorsitzenden der *Rastriya Banijya Bank* (RBB) – der größten nepalischen Bank – ernannt. Kafle ist zugleich die erste Frau überhaupt, die an die Spitze einer kommerziellen Bank in Nepal berufen wurde. Zuvor hatte sie lange bei der Zentralbank gearbeitet.

Rotes Kreuz in Solukhumbu sucht „Verschwundene“

Das Distriktbüro des Roten Kreuzes in Solukhumbu hat ein Programm begonnen, um das Schicksal der während des zehnjährigen Maoistenaufstands von staatlichen Sicherheitskräften oder Maoisten entführten und anschließend verschwundenen Menschen aufzuklären. Unterstützt wird das Distriktbüro dabei durch das Internationale Rote Kreuz. Entsprechende Informationen über das Programm wurden über lokale Radiosender verbreitet. Die Bevölkerung im Distrikt wurde gebeten, sich an der Suche und Aufklärung zu beteiligen und sich an Ortsverbände des Roten Kreuzes oder örtliche Friedenskomitees zu wenden, falls sie Auskunft über den Verbleib der „Verschwundenen“ geben können. Landesweit ist immer noch das Schicksal von weit über

900 Personen ungeklärt.

Nepal erkennt die Rechte sexueller Minderheiten an

Die Leiterin der UN Menschenrechtskommission in Nepal, Jyoti Sanghera, hat Anerkennung darüber geäußert, dass Nepal das bisher einzige Land in Südasien ist, das sich durch eine Direktive des Obersten Gerichts und durch Selbstverpflichtungen im Rahmen des *Universal Periodic Review* vom Januar und Juni 2011 zum Schutz der Rechte sexueller Minderheiten – darunter Schwule und Lesben, Transgender und Transsexuelle – bekennt. Allerdings bestünden weiterhin eine Reihe von Hindernissen beim Schutz und bei der Verwirklichung gleicher Rechte für diese Gruppen, etwa bei der Ausstellung von Bürgerschaftsurkunden, oder im Hinblick auf freie Berufswahl oder die Gewährung umfassender Menschenrechte. Sanghera bezeichnete das 2007 vom Obersten Gericht gefällte Urteil zu Gender Identität und sexueller Orientierung als „bahnbrechend“. Darin wird die Regierung aufgefordert, Gesetze zu verabschieden, die den Schutz und die Verbreitung der Rechte sexueller Minderheiten sicherstellen und bestehende Diskriminierungen beenden.

Neuer Anlauf – neue Chance für Nepal

Maoistisch geführte Koalitionsregierung soll den Friedensprozess zum Abschluss bringen

Thomas Döhne

Wenige Wochen nach dem Scheitern der schwachen, von Ministerpräsident Jhala Nath Khanal geführten Koalitionsregierung von *Communist Party Nepal-United Marxist Leninist* (CPN-UML) und *United Communist Party Nepal-Maoist* (UCPN-Maoist), wurde am 28. August 2011 in der Verfassungsgebenden Versammlung Dr. Baburam Bhattarai zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Bhattarai war nach zähen parteiinternen Verhandlungen als Kandidat der UCPN-Maoist für den Ministerpräsidentenposten nominiert worden. Thomas Döhne leuchtet die Hintergründe aus.

Baburam Bhattarai hatte sich im Vorfeld die Unterstützung der United Madheshi Democratic Front, eines Zusammenschlusses verschiedener im Terai ansässiger Par-

teien, sowie mehrerer kleiner Randparteien sichern können. Dies gab bei der Wahl den Ausschlag. Bhattarai erhielt 340 Stimmen, sein Gegenkandidat Ram Chandra Paudel vom *Nepa-*

li Congress konnte, unterstützt von der eigenen Partei und der CPN/UML, 235 Stimmen auf sich vereinigen. Der Wahl Bhattarais waren hektische Versuche vorausgegangen, eine Regie-